FREIBERUFLER-TICKER vom 29. Mai 2026

1. SVR-Frühjahrsgutachten 2026 veröffentlicht

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) veröffentlichte am 27. Mai 2026 sein Frühjahrsgutachten 2026. Darin wird ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) preisbereinigt in Deutschland von 0,5 Prozentpunkten für 2026 und von 0,8 für 2027 prognostiziert. Die Inflationsrate soll etwa drei Prozent 2026 betragen und 2027 auf 2,8 Prozent zurückgehen. Dabei soll die Arbeitslosigkeitsrate in diesem Jahr etwa 6,4 Prozent betragen und 2027 auf 6,2 Prozent sinken. Inhaltlicher Schwerpunkt des Gutachtens ist weniger die kurzfristige Konjunktur als vielmehr die langfristige Stabilität der sozialen Sicherungssysteme. Der SVR sieht insbesondere durch den demografischen Wandel erhebliche Belastungen für Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Besonders kritisch bewertet er die Situation im Gesundheitswesen. Deutschland gibt mit knapp zwölf Prozent des BIP im internationalen Vergleich sehr viel für Gesundheit aus, erreicht jedoch bei zentralen Gesundheitsindikatoren laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nur durchschnittliche Ergebnisse. Die Gesundheitsausgaben in Deutschland zählen mit knapp zwölf Prozent des BIP zu den höchsten im europäischen Vergleich. Dabei zeigen Indikatoren der Versorgungseffizienz, dass Deutschland trotz dieser hohen Ausgaben bei zentralen Gesundheitsindikatoren lediglich im Bereich des OECD-Durchschnitts liegt. Um steigende Sozialbeiträge zu begrenzen, empfiehlt der SVR mehrere Reformansätze: längere Erwerbsphasen und spätere Renteneintritte, höhere Erwerbsbeteiligung, stärkere Anreize zur Ausweitung der Arbeitszeit, Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung zur Begrenzung des demografischen Kostendrucks, stärkere Prävention im Gesundheitsbereich. Im Bereich Prävention spricht sich das Gutachten für verbindliche Standards gesunder Ernährung in Kitas und Schulen, Einschränkungen von Werbung für gesundheitsschädliche Produkte sowie höhere Steuern oder Mindestpreise auf Tabak, Alkohol und stark zuckerhaltige Lebensmittel aus.

2. Teilzeitquote auf neuem Höchststand

Wie das Statistische Bundesamt am 27. Mai 2026 auf Basis von Erstergebnissen des Mikrozensus mitteilte, arbeiteten abhängig Beschäftigte in Vollzeit 2025 durchschnittlich 39,9 Stunden pro Woche. 2015 waren es noch 40,5 Stunden. Gegenüber 2024 blieb die Wochenarbeitszeit unverändert. Teilzeitbeschäftigte arbeiteten dagegen zuletzt im Schnitt 21,3 Wochenstunden – zwei Stunden mehr als zehn Jahre zuvor und 0,1 Stunden mehr als 2024. Insgesamt lag die durchschnittliche Wochenarbeitszeit abhängig Beschäftigter 2025 bei 34 Stunden und damit 0,4 Stunden unter dem Wert von 2015. Die Teilzeitquote erreichte 2025 mit 31,9 Prozent einen Höchststand. Frauen arbeiteten weiterhin deutlich häufiger in Teilzeit als Männer: Jede zweite Frau (50,6 Prozent) war teilzeitbeschäftigt, bei Männern traf dies auf 14,3 Prozent zu. Gegenüber 2015 nahm die Teilzeitquote bei Männern jedoch stärker zu. Besonders groß bleibt der Unterschied bei Eltern: Knapp zwei Drittel der erwerbstätigen Mütter mit minderjährigen Kindern arbeiteten 2025 in Teilzeit, bei Vätern waren es 8,6 Prozent. Auch im höheren Erwerbsalter steigt die Teilzeitquote deutlich an: Unter den 65-jährigen Erwerbstätigen arbeitete mehr als die Hälfte in Teilzeit, bei den 70-Jährigen waren es bereits 90,3 Prozent. Die steigende Teilzeitquote verdeutlicht die wachsende Bedeutung einer besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Für die Freien Berufe ist dies ein zentrales Thema, für das sich der BFB seit Langem einsetzt.

3. EU-Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren ein

Die Europäische Kommission leitete am 28. Mai 2026 mit der Übermittlung eines Aufforderungsschreibens ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein, weil versäumt

wurde, Maßnahmen zur vollständigen Umsetzung der delegierten Richtlinie (EU) 2024/782 zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen in nationales Recht mitzuteilen. Die Umsetzungsfrist endete am 4. März 2026. Mit der delegierten Richtlinie (EU) 2024/782 werden nicht zuletzt die Mindestanforderungen an die Berufsausbildung von Zahnärzten und Apothekerinnen aktualisiert, um sie an den allgemein anerkannten wissenschaftlichen und technischen Fortschritt anzupassen. Dies betrifft Bereiche wie elektronische Gesundheitsdienste, digitale Technologien, Immunologie, regenerative Medizin, Zahnheilkunde, Biopharmazie, Biotechnologie, Genetik und Pharmakogenomik. Deutschland hat nun Zeit, binnen zwei Monaten auf das Aufforderungsschreiben zu reagieren, die Umsetzung der delegierten Richtlinie abzuschließen und der EU-Kommission die entsprechenden Maßnahmen mitzuteilen.

4. Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der EU liegt 2025 bei knapp 36 Stunden

Die tatsächliche durchschnittliche Wochenarbeitszeit von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten im Alter von 20 bis 64 Jahren in der Europäischen Union (EU) lag 2025 bei 35,9 Stunden. Damit sank sie gegenüber 2015, als durchschnittlich 36,9 Stunden gearbeitet wurden. Das teilte das statistische Amt der EU am 27. Mai 2026 mit. Die längsten Arbeitswochen wurden 2025 in Griechenland mit 39,6 Stunden gemessen, gefolgt von Bulgarien und Polen mit jeweils 38,7 Stunden sowie Litauen mit 38,4 Stunden. Die kürzesten Wochenarbeitszeiten verzeichneten die Niederlande mit 31,9 Stunden sowie Dänemark und Deutschland mit jeweils 33,9 Stunden. Österreich lag bei 34 Stunden. Die längsten tatsächlichen Arbeitszeiten innerhalb der EU hatten Beschäftigte in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft mit durchschnittlich 42 Wochenstunden, gefolgt von Führungskräften mit 40,6 Stunden sowie Angehörigen der Streitkräfte mit 39,4 Stunden. Die kürzesten Arbeitswochen wurden bei einfachen Tätigkeiten mit 31,8 Stunden, Büro- und Verwaltungsberufen mit 34 Stunden sowie Dienstleistungs- und Verkaufsberufen mit 34,5 Stunden registriert.

5. EU-weit mehr Beschäftigte in IT- und Kommunikationsberufen

Die Zahl der Informations- und Kommunikationstechnologie-(IKT)-Fachkräfte in der Europäischen Union (EU) ist auch 2025 weiter gestiegen. Insgesamt arbeiteten 10,45 Millionen Menschen als IKT-Spezialistinnen und -Spezialisten, was einem Anteil von fünf Prozent aller Beschäftigten in der EU entspricht. Das teilte das statistische Amt der EU am 27. Mai 2026 mit. Damit setzt sich der Wachstumstrend fort: Gegenüber dem Vorjahr stieg der Anteil um 0,1 Prozentpunkte, seit 2015 um 1,5 Prozentpunkte. Die höchsten Anteile von IKT-Fachkräften an der Gesamtbeschäftigung wurden 2025 in Schweden mit 8,9 Prozent, in Luxemburg mit 8,7 Prozent und in Finnland mit 7,8 Prozent gemessen. Die niedrigsten Werte verzeichneten Griechenland mit 2,5 Prozent, Rumänien mit 2,7 Prozent und Italien mit 3,8 Prozent. Der Wert für Deutschland beträgt 5,5 Prozent. Der IKT-Sektor bleibt männlich geprägt. 2025 waren 80,5 Prozent der beschäftigten IKT-Fachkräfte Männer, während Frauen 19,5 Prozent ausmachten. Gegenüber 2015 stieg der Frauenanteil um drei Prozentpunkte. Die niedrigsten Frauenanteile wurden in Tschechien mit 12,9 Prozent, in Ungarn mit 15 Prozent und in der Slowakei mit 15,5 Prozent registriert. Die höchsten Frauenanteile verzeichneten Rumänien mit 27,8 Prozent, Lettland mit 25,9 Prozent und Bulgarien mit 25 Prozent. Der Wert für Deutschland beträgt 20 Prozent. Viele dieser wissensintensiven und digital geprägten Tätigkeiten werden auch von Angehörigen der Freien Berufe ausgeübt. Die Entwicklung zeigt damit zugleich die wachsende Bedeutung digitaler Kompetenzen.

6. BIBB veröffentlicht aktuelle Zahlen zu Auslandsaufenthalten in der Berufsbildung

Das Erasmus+-Programm erfreut sich in Deutschland weiterhin großer Beliebtheit, besonders in der beruflichen Bildung. 2025 wurden mehr als 60.000 Auslandsaufenthalte gefördert, davon profitierten über 48.000 Auszubildende. Besonders häufig reisten die Teilnehmenden nach Spanien, Irland und Italien. Auch Ausbilderinnen und Ausbilder nutzen internationale Programme zunehmend, um Fachwissen und Netzwerke auszubauen. Laut dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) stärken diese Auslandsaufenthalte die Attraktivität der Ausbildung und leisten einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung. Dies geht aus einer Pressemitteilung des BIBB vom Ende vergangener Woche hervor.

7. Kinderreport 2026 veröffentlicht

Am 26. Mai 2026 stellte Karin Prien (CDU), Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, gemeinsam mit Anja Siegesmund und Holger Hofmann, Vizepräsidentin und Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes, den Kinderreport 2026 vor. Dem Report zufolge fordern große Teile der Bevölkerung in Deutschland mehr staatliche Investitionen und umfassende Reformen im Bildungssystem, um insbesondere Kindern, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, bessere Bildungschancen zu ermöglichen. Sowohl Erwachsene als auch Kinder und Jugendliche sprechen sich für einheitliche Bildungsstandards und vergleichbare Bildungsbedingungen in ganz Deutschland aus – unabhängig vom jeweiligen Bundesland. Zudem wird von den Erwachsenen (88 Prozent) als wichtige Maßnahme insbesondere eine verbindliche Demokratiebildung in Schulen bewertet, um Mitbestimmung, Teilhabe und demokratisches Lernen von Kindern und Jugendlichen in Kita und Schule zu fördern. Der BFB engagiert sich seit 2024 mit seinem „Demokratie Campus“ für mehr Demokratie in Schulen und in der Ausbildung.

8. Sicherheits- und Verteidigungssektor gewinnt im Mittelstand an Bedeutung

Rund 15.000 Industrieunternehmen sind laut einer am 27. Mai 2026 veröffentlichten Kurzbefragung des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn bereits im Sicherheits- und Verteidigungssektor tätig – vier von zehn Unternehmen ziehen dies für die Zukunft in Betracht. Unter den Unternehmen, die sich eine Produktion für den Sicherheits- und Verteidigungssektor vorstellen können, finden sich mehr mittelständische als managergeführte Unternehmen. Sowohl die Unternehmerinnen und Unternehmer, die bereits in diesem Sektor aktiv sind, als auch diejenigen, die potenziell interessiert sind, erwarten sich Umsatzwachstum und die Erschließung neuer Märkte. Knapp drei von zehn Befragten sehen darin aber auch einen Beitrag zur Sicherung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Auch die Freien Berufe stärken die Resilienz des Standorts durch ihre Expertise in Planung, Technik, IT, Recht, Gesundheit und Beratung. So sichern sie Funktionsfähigkeit und Krisenfestigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft – ein Thema, das der BFB öffentlich setzt, etwa bei seiner Neujahrskonferenz 2026.

9. Neue Folge „Klotzki und Sigmund“: Kritik oder Pessimismus?

Wann wird berechtigte Kritik an der Regierung zum Dauerpessimismus? Und welche Rolle spielen Politik und Kommunikation dabei? In der neuen Folge von „Klotzki und Sigmund“ diskutieren Peter Klotzki und Thomas Sigmund über die Stimmung in Deutschland, den Umgang mit der schwarz-roten Koalition und die Frage, wie öffentliche Debatten unser politisches Klima prägen. Im Fokus stehen dabei auch die Kommunikationsstrategien von Bundeskanzler Friedrich Merz und Vizekanzler Lars Klingbeil. Eine kompakte Analyse über Erwartungen, Wahrnehmungen und die Frage, ob Deutschland seine Regierung manchmal schlechter redet, als sie ist. Jetzt überall hören, wo es Podcasts gibt – beispielsweise auf Spotify oder Apple Podcasts. Und als Video auf YouTube.

BFB
Bundesverband der Freien Berufe e.V.
17
17
35
15
26
Folgen Sie uns auf LinkedIn!
@Bundesverband der Freien Berufe